Nacht-Telegramm.
(Nur in einem Theile der Auflage.)
Paris. Der Senatspräsident, Carnot, hielt folgende Ansprache: „Der Wohlstand Frankreichs hänge von der Heiligkeit im Innern und dem Frieden nach außen ab. Ein Krieg würde nur den allgemeinen Wohlstand vergeudern. In Frankreich gäbe es keine Militärpartei, Frankreich wünsche Frieden. Wenn aber ein Gerücht viele Wünsche täuschen sollte, so würde Frankreich beweisen, daß es die letzten fünfzehn Jahre nicht umsonst verstreichen ließ. Frankreich würde, wie im vorigen Jahrhundert, Legionen zur Vertheidigung zu schaffen wissen." — Die bulgarische Deputation besuchte Clemenceau.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik,
Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Friedrich Pachtmann.
Sinnige Fest- und Gelegenheits-Geschenke in Bronce, Majolika, Terracotta, Leder etc. etc.
Schlossstrasse 30b
Größtes und gewähltestes Sortiment von Schmuck und Fächern jeden Genres.
Fr. Pachtmann,
Schlossstrasse.

Erste und grösste
Masken- u. Theatergarderobe
Dominos in vorzügl. Auswahl für Herren und Damen
Max Jacobi, 2 Galeriestrasse 2 part. und erste Etage.
Aufträge nach auswärts werden prompt effectuirt.

W. Höffert,
Kgl. Sächs. u. Kgl. Preuss. Hofphotograph,
Dresden, Kaufhaus, Seestrasse No. 10.
Berlin, Leipzigerplatz 12.

Rhabarber-Wein,
magenstärkend, verdauungsbefördernd, wohlschmeckend, in vorzüglicher Qualität.
Kgl. Hofapotheke Dresden, am Georgenthor.

Prof. Dr. Jäger's Kameelhaar- u. Schlafwoll-Decken empfiehlt in grösster Auswahl à Mk. 8, 16.50, 17.50, 18, 22, 27 und 32.
Jean Schieme Nachf., Neust. Rathhaus.

Nr. 12. 32. Jahrg. Jahres-Aufl. **43,000** Expl. 4. Quartal-Zuwachs **1,800**

Witterungsaussichten für den 12. Januar. Südwind von mittlerer Stärke, theilweise bewölkt, aber trocken. Temperatur während der größten Zeit unter Null. Bemerkung: Oertliche und zeitweise Nebelbildung.

Dresden, 1887. **Mittwoch, 12. Januar.**

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

Mit welcher Weisheit immer ein Leitartikelschreiber heute auf dem politischen Tagesmarkte auch feilhalten mag — seiner Waare werden heute die Käufer nur geringe Theilnahme schenken. Der Blick der Leser sucht heute in dem Neuigkeitskorbe der Zeitungen vor Allem dasjenige Fach auf, in welchem die Reichstagsrede des Fürsten Bismarck zu finden ist. Die Stunde der Entscheidung über die Heeresvorlage und das Schicksal des Reichstags naht. Die endliche Gewißheit kann zwar nur die Schlußabstimmung der 3. Lesung bringen, aber das Eingreifen des Fürsten Bismarck in die Reichstagsverhandlungen fördert die Entscheidung doch in einem Maße, daß man darüber bald erheblich klarer sehen kann, als vor der Rede des Reichskanzlers. Zur Erläuterung der Sachlage und zum besseren Verständniß des nebenanstehenden Sitzungsberichts enthält die „Tgsgesch." die zur 2. Lesung des Heeresgesetzes eingebrachten Anträge; außerdem sei in Kürze an Folgendes erinnert. Der einzige Streitpunkt, um den sich Alles noch dreht, ist die Geltungsdauer des neuen Heeresgesetzes. Für die Vermehrung der Friedensstärke, zu der Bewilligung neuer Cadres ist eine stattliche Mehrheit im Reichstage zu haben; selbst die Deutschfreisinnigen nähern sich der Forderung der Heeresverwaltung neuerlich bis auf 14,000 Mann. Aber der Bundesrath verlangt Bewilligung auf 7 Jahre, das Centrum jedoch — obwohl Windthorst erst in der 3. Lesung sein letztes Wort sprechen will — möchte nur 3 Jahre gewähren. Damit ist die Frage in der Hauptsache ihres militärischen Charakters entkleidet und stellt sich mehr als eine Frage konstitutioneller Natur dar. Der Reichstag soll, nach der Ansicht des Centrums, nicht auf so lange hinaus auf sein Bewilligungsrecht verzichten, daß nicht wenigstens einmal eine neugewählte Volksvertretung in dem normalmäßigen Laufe ihres dreijährigen Bestandes über die Heereskosten zu entscheiden hätte. Das klingt ganz vertrauenswürdig, hat aber doch den Schalk hinter ihm. Das Einfachste wäre die jährliche Bewilligung des Heeresbudgets. Selbst ein Blatt wie die „Kreuzztg.", die man als die berufenste journalistische Vertreterin des Heeres anzusehen gewohnt ist, gewinnt der jährlichen Bewilligung des Heeresbudgets im Rahmen des Etats einige Lichtseiten ab. Die Voraussetzung aber ist dabei die, daß der deutsche Reichstag es mit seinem Bewilligungsrecht in Militärsachen so macht, wie er bereits mit Rechnungssachen und den meisten Verträgen mit ausländischen Staaten auch verfährt, nämlich daß er seine Zustimmung als eine Art bloser Formalität ansieht. Entschließt er sich dazu nicht, so muß das Heer, sein Wesen und seine Einrichtungen auf einen möglichst großen Zeitraum hinaus vor der Gefahr bewahrt bleiben, als Agitationsmittel zur Aufhetzung der Volksleidenschaften zu dienen. Sonst geht keine Reichstagswahl vorüber, wo nicht Deutschfreisinnige und Sozialdemokraten um die Wette über den großen Druck des Militärwesens deklamiren und sich durch Angriffe darauf eine wohlfeile Popularität zu verschaffen suchen. Ein militärisches Triennium ist insofern unpraktisch. Zwischen den 3 Jahren des Centrums und den 7 Jahren des Bundesraths liegen aber die Ziffern 5 oder 6. Warum soll sich das Centrum gerade auf die 3 Jahre steifen?

Ein geachtetes Organ der Centrumspresse, der „Westf. Merkur", erklärt rund heraus: „es fasse die Möglichkeit einer Verminderung der Heereslasten gar nicht ernsthaft in's Auge. Die Franzosen und Russen werden in den nächsten 3 Jahren auch nicht müßig sein, und wir zweifeln sogar nicht, daß die Regierung nach drei Jahren mit neuen Mehrforderungen kommen wird, wenn nicht bis dahin der Gott der Schlachten entschieden hat. Es ist eher denkbar, daß alle Sozialdemokraten wie sanfte Turteltäubchen dem Herrn v. Puttkamer aus der Hand fressen, als daß die Regierung noch drei Jahren eine Herabsetzung der Friedenspräsenzstärke des Heeres zugeben wird. Im Uebrigen wollen wir ihr daraus keinen Vorwurf machen; bei der gegenwärtigen politischen Lage kann sie gar nicht anders handeln. Es wäre verkehrt, das aus der Parteistellung der Regierung, aus ihren „reaktionären" Tendenzen erklären zu wollen. In Frankreich sind jetzt die Radikalen am Ruder, Herr Boulanger nicht politisch noch weiter links als in Deutschland Herr Richter, und doch sind die radikalen Herren Franzosen die größten Militär-Enthusiasten. Also wollen wir die Regierung wegen ihrer Bemühungen, zum Schutze der deutschen Grenze eine starke Armee herzustellen, nicht tadeln. Was wir ihr aber mit wirklicher Entrüstung vorwerfen, ist ihre Hartnäckigkeit in der Frage der Zeitdauer der Bewilligung, die nichts mit der Wehrhaftigkeit des Vaterlandes zu thun hat. Diese Haltung wird im Lande als das Bestreben, den Reichstag zu demüthigen, aufgefaßt."

Diese „Auffassung" ist jedenfalls ganz sinnlos, da das Septennat seit 12 Jahren besteht, ohne daß der Reichstag sich gedemüthigt gefühlt hätte. Etwas Anderes wäre es, wenn bisher die dreijährige Bewilligungs-Periode bestanden hätte und die Regierung jetzt die siebenjährige forderte; aber es verhält sich bekanntlich umgekehrt. Die Hauptsache jedoch ist: man gesteht klerikalerseits ein, daß der einzige praktische Zweck, welcher eine kurze Dauer der Feststellung der Präsenzstärke haben kann, nämlich die Verminderung der Militärlasten, in absehbarer Zeit aussichtslos ist — und man will dennoch darauf bestehen.

Die Errichtung einer physikalisch-technischen Reichsanstalt belastet das Reichstagsbudget recht erheblich. Für diese Mehrausgaben, die doch auch vom Volk aufzubringen sind, ging Dr. Virchow mit besonderem Feuer in's Zeug, obwohl von seiner Partei bei allen Ausgaben für die Sicherheit des Vaterlandes jeder Thaler tonst bekrittelt wird. Dr. Virchow gab sich keine Mühe, den Grund dieser Ausgabenbewilligungslust seiner Partei zu verheimlichen: es handelt sich um eine Nationalbelohnung für Werner Siemens. Als vor zwei Jahren auf privatem Wege für eine Nationalbelohnung des größten Staatsmannes Deutschlands gesammelt wurde, wußte sich die deutschfreisinnige Partei gar nicht zu lassen vor Spott und Hohn. Bei Werner Siemens ist das was anderes; da wird der Steuerbeutel des Reichs, der Pfennig des armen Mannes mit Hurrah in Anspruch genommen, obwohl der Berliner Siemens ein siemreicher Mann ist. Dr. Virchow ging aber noch weiter. Er sprach von der Tribüne des Reichstags das große Wort gelassen aus: „Wenn Werner Siemens erklärt, daß diejenige Nation am Besten gedeihen muß, welche auf dem physikalisch-technischen Gebiete am meisten leistet, dann hat der deutsche Reichstag nur ein lautes Ja und Amen zu sagen!" Hört man recht? Wenn Graf Moltke, doch wohl auch ein Sachkenner im Heerwesen, die Militärvorlage vertheidigt, wenn Fürst Bismarck, einigermaßen ein brauchbarer Staatsmann, einen dritten Direktor im auswärtigen Amte brauchte, dann gilt das Alles der deutschfreisinnigen Partei Nichts. Wenn aber ein deutschfreisinniger Gelehrter und Industrieller gesprochen hat, dann muß der Reichstag demüthig ersterbend, Ja und Amen sagen. Virchow ist so der richtige Fortschrittspapst. Auf seinen Betrieb hat der Reichstag dem Prof. Koch für seine unpünktliche Erfindung des Kommabazillus auch eine Nationalbelohnung von 100,000 Thalern nachgeworfen, jetzt kommt Werner Siemens daran, und der Berliner Kollege Virchow's, Prof. Helmholtz, soll als Direktor der neuzuschaffenden Reichsanstalt gut versorgt werden.

So schnöde ist die bulgarische Rundreisegesandtschaft nirgends behandelt worden, wie in Paris. Daß sie nicht viel Hoffnungsvolles zu hören bekommen würde, wußte sie im Voraus, aber daß die Franzosen sie wegen ihres Widerstandes gegen die russische Vergewaltigung wie Schulbuben ausschelten würde, Das durfte sie sich nicht träumen lassen. Wo ist die alte Sympathie Frankreichs für die Unterdrückten geblieben? Wo die Unterstützung der nach Freiheit ringenden Völker durch die republikanischen Franzosen? Diese sind jetzt die reinen Stiefelputzer des Zaren geworden. Sonst gilt den Republikanern doch immer das Selbstbestimmungsrecht eines Volkes, der Volkswille, als Glaubensgrundsatz. Aber den Bulgaren giebt die Republik, ein Jahrhundert französischer Geschichte verleugnend und verhöhnend, den gemeinen Rath, die russische Hand zu küssen, die sie gezüchtigt hat. Je mehr der Zar die Bulgaren mißhandelt, umso lauter ruft die französische Republik Bravo. Es ist, um die Seekrankheit zu bekommen. Die bulgarischen Gesandten haben höflicherweise vermieden, den Ministern der Republik in dürren Worten ihren Ekel vor solcher Gesinnungsniedertracht auszusprechen; sie thäten am besten daran, heimzukehren. Helfen kann ihnen jetzt ja doch Niemand. Die Zeit zu der Rundreise an die europäischen Hauptstädte ist ungünstig gewählt. Als Europa unter dem frischen Eindrucke der Knutenwirthschaft stand, da war es Zeit, es aufzurufen; jetzt ist nicht der Augenblick für Europa, um bulgarische Sympathien zur Schau zu tragen. Bulgarien muß ein Wenig warten, seine Stunde schlägt schon noch. Die Bulgaren selbst müssen vor Allem sich rühren. Auch die nationale Größe Deutschlands wurde nicht in einem halben Jahre geschaffen.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 11. Januar.

Berlin. Der bekannte deutschfreisinnige Abgeordnete Dirichlet ist gestorben.

Berlin. Reichstag. Die Tribünen sind dicht besetzt, die Eingänge zum Reichstagsgebäude vom Publikum förmlich belagert. In der Hofloge erscheint Prinz Wilhelm. Auf der Tagesordnung: Zweite Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres. § 1 der Regierungsvorlage setzt die Friedenspräsenzstärke des Heeres für die Dauer von 7 Jahren auf 468,409 Mann fest. In der Kommission ist § 1 gestrichen worden. Abg. Frhr. Schenk v. Stauffenberg (freis.) beantragt, die Friedenspräsenz für 3 Jahre auf 441,200 Mann festzustellen. Für die Dauer eines Jahres soll eine Erhöhung bis auf 454,402 Mann eintreten können. Die Einjährig-Freiwilligen sollen auf die Präsenzstärke nicht in Anrechnung kommen. Die ordentliche Rekrutenemstellung bei der Infanterie soll im Januar erfolgen, sofern nicht bei der Etatsfestsetzung ein früherer Einstellungstermin vereinbart wird. Für den Fall der Ablehnung dieses Antrags beantragt derselbe: Bewilligung der von der Regierung geforderten Präsenzstärke in voller Höhe, aber nur auf eine Dauer bis zu 3 Jahren. — Abg. Richter (freis.) beantragte für den Fall der Ablehnung des Stauffenberg'schen Hauptantrags: In § 1 der Regierungsvorlage ev. folgenden Zusatz anzunehmen: „Die ordentliche Rekrutenemstellung bei der Infanterie erfolgt im Januar, sofern nicht bei der Etatsfeststellung ein früherer Termin vereinbart wird. Abg. Frhr. v. Huene (Cent.) konstatirt, daß er als Berichterstatter der Kommission keine Stellung zu den eingebrachten Anträgen nehmen könne, da dieselben entweder die Kommission nicht beschäftigten oder in derselben eine Mehrheit nicht fanden. Falls die zweite Berathung im Plenum kein anderes Ergebniß haben sollte, wie die Kommissionsberathung, so würde lediglich die Formation der Armee festgestellt werden, während die Feststellung der Präsenzziffer der jährlichen Etatsberathung vorbehalten bliebe. Ein solcher Beschluß wäre keineswegs ein Nonsens. — Abg. Dr. Buhl (nat.-lib.) berichtet über die eingegangenen Petitionen. Es sind sieben Petitionen gegen und 783 Petitionen für die Vorlage eingegangen. Die letzteren sind von den verschiedensten Parteien ausgegangen. — Abg. Graf Moltke: Wir gehen einer ungewissen Zukunft entgegen. Die Stärke der Regierung bildet eine Bürgschaft für den Frieden; aber die Volksleidenschaften und der Ehrgeiz der Parteiführer sind Elemente, die stärker werden können, als der Wille der Regierungen. Wenn irgend ein Staat für die Fortdauer des Friedens wirken kann, so ist es Deutschland; dasselbe hat bewiesen, daß es keinen Nachbarn angreifen wird, wenn es nicht dazu gezwungen ist. Aber um die vielleicht undankbare Vermittlerrolle durchzuführen, muß Deutschland stark sein. Wird die Forderung der Regierung abgelehnt, dann glaube ich, haben wir den Krieg ganz sicher. (Hört, hört! Bewegung.) Nur über die Zeitdauer der Bewilligung bestehen noch Verschiedenheiten. Da erinnere ich doch daran, daß die Armee nie ein Provisorium sein kann, denn die Armee ermöglicht erst alle übrigen Einrichtungen: der Staat steht und fällt mit dem Heere! (Zustimmung.) Die Grundlage einer tüchtigen Militärorganisation beruht auf der Dauer und Unerschütterlichkeit. Die Bewilligungen werden erst in einer Reihe von Jahren wirksam. Die Augen Europas sind heute auf diese Versammlung gerichtet und auf die Beschlüsse, die Sie fassen. Ich wende mich an Ihre patriotischen Gefühle, wenn ich Sie bitte, die Vorlage unverändert anzunehmen. Zeigen Sie, daß Sie jedes Opfer zu bringen bereit sind, wenn es sich um die Sicherung des Vaterlandes handelt. (Beifall). — Abg. Frhr. v. Stauffenberg (dfr.) begründet seine Anträge. Seine Freunde seien bereit, das zu bewilligen, was im Interesse der Sicherheit des Vaterlandes nothwendig sei; das habe schon der Abg. Richter bei der ersten Lesung klar und unzweideutig ausgesprochen. Sein Hauptantrag nehme eine etwas kleinere Ziffer an, wie die Regierungsvorlage; der Abstrich beziehe sich aber nicht auf die neuen Formationen, sondern nur auf die Verstärkung der Bataillone. Für diese Bataillons-Verstärkung sei in der Kommissionsberathung auch nicht ein Wort gesagt worden; es handele sich also um einen ganz unbedeutenden Punkt. (Der Reichskanzler tritt in das Haus ein.) Es sei dringend geboten, in Bezug auf die Dienstzeit Erleichterungen eintreten zu lassen, da die Militärlast in den Kreisen der Gewerbtreibenden wirklich schwer empfunden werde. Redner wendet sich weiter gegen das Septennat. Das Mißtrauen gegen den Reichstag sei nicht gerechtfertigt, da im Verlauf der Verhandlungen auch nicht annähernd der Versuch gemacht worden sei, die bestehende Präsenzziffer herabzusetzen. — Reichskanzler Fürst Bismarck: Die verbündeten Regierungen haben der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß die jetzige Heerespräsenzstärke dem deutschen Volke keine ausreichende Bürgschaft für die Erhaltung des Friedens giebt. Diese Ueberzeugung beruht auf dem Erkenntniß der ersten Autoritäten, die in ganz Europa anerkannt werden, nur im deutschen Reichstag nicht, wo die Herren Richter, Windthorst und Grillenberger ihre Autorität dagegen setzen. Er könne nicht annehmen, daß diese Herren ihr militärisches Urtheil über das der deutschen Generalstäbe stellen, und müsse daher andere Motive vermuthen. Die Erhöhung der Armee werde auch nicht zu Eroberungskriegen gefordert. 16 Jahre hindurch habe Deutschland Friedenspolitik getrieben. Die Aufgabe des Reichs nach dem Frankfurter Frieden war, mit den Staaten Versöhnung zu suchen, mit denen wir vorher Krieg geführt. Mit Oesterreich ist es vollständig gelungen. Wir stehen zu Oesterreich in einem Verhältniß, wie weder zur Zeit des Bundestags noch je zuvor. Wir müssen aber unsere Sicherheit auch ohne Bundesgenossen verbürgen, und dazu braucht man ein starkes Heer. Die Freundschaft mit Rußland ist heute über jeden Zweifel erhaben. (Beifall.) Er glaube nicht, daß uns Rußland angreifen wird, oder nach Bundesgenossen gegen uns sucht. Mit Rußland werden wir keinen Krieg haben, wenn wir nicht nach Bulgarien laufen. Die „Freis. Ztg.", die „Germania" und das „Berl. Tagebl." haben die Regierung wegen ihrer bulgarischen Politik beschimpft. Ich hätte verdient, wegen Landesverraths vor Gericht gestellt zu werden, wenn ich jenen Hetzereien nachgegeben. Was geht es uns an, was in Bulgarien geschieht und wer in Bulgarien regiert? Rußlands Freundschaft ist wichtiger als die Bulgariens. Die Schwierigkeit, den Frieden zu erhalten, liegt in dem Verhältniß zwischen Oesterreich und Rußland einerseits und zwischen uns und Frankreich andererseits. Das Friedenswerk mit Letzterem sei schwieriger, weil zwischen uns und Frankreich ein Jahrhunderte langer Prozeß über die Landesgrenze schwebt. Wir beabsichtigen nicht deshalb Krieg zu führen, weil derselbe später doch unvermeidlich ist. Wenn die Franzosen warten wollen, bis wir sie angreifen, dann ist der Frieden gesichert. Nur das Vertrauen auf die redliche Gesinnung der französischen Regierung, keineswegs aber einen Theil des französischen Volkes, kann uns Sicherheit bieten. Der Krieg mit Frankreich könne in 10 Tagen oder in 10 Jahren kommen, da die Regierungen in Frankreich rasch und unerwartet wechseln. Die friedlichen Versicherungen sind Worte wie die: „Wenn die Gefahr da ist, dann bewilligen wir Alles." Worte sind keine Soldaten, Reden keine Bataillone. Wenn der Feind im Lande ist und wir kommen ihm mit solchen Reden, so lacht er uns einfach aus. Wenn die Franzosen glauben, daß sie siegen, so greifen sie uns sofort an; das ist meine Ueberzeugung. Wenn die Feldherren unter den deutschen Fürsten, welche mit der französischen Klinge Bekanntschaft gemacht haben, uns sagen, daß wir Verstärkung bedürfen, um der französischen Armee ebenbürtig zu sein, dann gehört ein trauriger Muth dazu, zu sagen: „Nein, Sie irren sich! Es geht auch so!" Frankreich ist nicht zu unterschätzen; die Franzosen sind ein kriegerisches Volk. Man vergegenwärtige sich die Folgen eines unglücklichen Krieges. Die Bedingungen eines siegenden Frankreichs wären schrecklicher und ganz andere, als wir sie ihnen auferlegten. Deutschland würde ausgesogen bis auf's Blut wie vor 1813. Wenn wir wieder in Paris ständen, würden wir in gleicher Weise verfahren und jede Bündnißfähigkeit vernichten. Der Friede von 1871 würde ein Kinderspiel sein gegen den von 1890. Für die Dauer der Präsenzstärke seien sieben Jahre gewählt, weil dies auf einem früheren Kompromiß beruht. Jede neue Armeevorlage bringe Kämpfe und Konflikte. Nach der Verfassung muß jeder dienstfähige Deutsche drei Jahre bei der Armee dienen. Wenn keine Verständigung erzielt wird, so tritt diese Bestimmung einfach in Kraft. Wir halten an dem Septennat unbedingt fest. Die Versuche, den Bestand der Armee von wechselnden Majoritäten abhängig zu machen, verpflichtet uns, an das Volk zu appelliren. Das Volk kann unmöglich eine solche Abhängigkeit seiner Sicherheit wünschen. Wenn der Abschluß nicht bald erfolgt, werden wir mit diesem Reichstag nicht weiter verhandeln, sondern mit anderen Leuten, die uns durch Neuwahlen hergesandt werden. (Beifall rechts.) — Hobrecht (natlib.) befürwortet die Vorlage im Interesse der nationalen Sicherheit. — Fürst Bismarck kommt nochmals auf die bedrohlichen Tendenzen Frankreichs zurück und erklärt, er könne nur wünschen, daß das jetzige friedliche Ministerium in Frankreich von langer Dauer sei. Der Ablauf des Septennats konnte nicht abgewartet werden, da bereits am 1. April mit der Verstärkung der Grenzbefestigungen vorgegangen werden solle. — Windthorst erklärt, er bewillige jeden Mann und jeden Groschen, und zwar auf 3 Jahre. Die Regierung solle doch erwägen, ob es nützlich sei, wegen der Frage ob 7 oder 3 Jahre, den Reichstag aufzulösen. — Bismarck: Nicht deshalb soll er aufgelöst werden, sondern wegen der prinzipiellen Frage, ob unser Heer ein Kaiserliches oder ein Parlamentsheer sein soll. Das Vertrauen in den Reichstag sei geschwunden, seit derselbe eine polnische Majorität gezeigt habe. Schon damals hätte er aufgelöst werden sollen. Solche Nörgelei wie bei uns bestehe nirgend anderwärts. Die verbündeten Regierungen halten an dem Septennat fest. — Die Weiterberathung wird hierauf vertagt.

Berlin. Die „Nordd. Allg." empfängt Briefe aus Teheran, welche melden, daß bei dem feierlichen Empfang des deutschen Gesandten am 12. Dezbr. durch den Schah behufs Ueberreichung des Beglaubigungsschreibens ersterer eine Ansprache hielt, worin er die Aufträge des Kaisers, Versicherungen beständiger, aufrichtiger Freundschaft überbrachte. Er sagte, Er werde alle Anstrengungen auf das Gelingen seiner Sendung richten, um die freundlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Persien zu erhalten und zu befestigen. Der Schah dankte darauf für die Namens des Kaisers durch den Gesandten ausgesprochenen Gefühle der Freundschaft. Er hoffe, der Gesandte werde dazu beitragen, die zwischen beiden Reichen glücklicherweise herrschenden freundlichen Beziehungen zu erhalten.

Die **Berliner Börse** eröffnete fest. Namentlich waren Bergwerke belebt infolge anziehender Glasgower Notirungen in Verbindung mit höheren Verschiffungsziffern. Spekulative Banken waren gleichfalls besser, fremde Renten fest, österreichische Bahnen still, deutsche belebt und höher. Im Kassaverkehr herrschte im Allgemeinen feste Tendenz, das Geschäft war indessen mäßig. Privatdiskont 3¼ Proz.

Frankfurt a. M., 11. Januar. Credit 235½. Staatsbahn 206,50. Lombarden 81,00. Galizier 165,00. Egypter 75,40. 4proc. Ungar. Goldrente 83,50. Disconto 207,10. 80er Russen —. Mecklenburger —,—. Fest.

Wien, 11. Januar. Credit 292,75. Staatsbahn 256,00. Lombarden 101,75. Nordwestb. 168,25. Marknoten 61,90. Ung. Credit 302,00. Fest.

Paris, 11. Januar. Schluß. Rente 82,33. Anleihe 110,12. Italiener 90,37. Staatsbahn 543,75. Lombarden 216,25. do. Prioritäten —,—. Spanier 66,06. Egypter 379. Ottomanen 524. Neue Anleihe —,—. Türken —,—. Behauptet.

Stettin, 11. Jan. Nachm. 1 Uhr. (Getreidemarkt). Weizen unverändert, loco 155—163, pr. April-Mai 170,50, pr. Mai-Juni 171,50. Roggen fest, loco 121—127, pr. April-Mai 130,00, pr. Mai-Juni 131,00. Rüböl unverändert, pr. April-Mai 45,50. Spiritus: fest, loco 56,70, pr. Januar 56,80, pr. April-Mai 57,50, pr. Juni-Juli 58,50. Petroleum loco 11,40.

Breslau, 12. Januar, Nachm. (Getreidemarkt). Spiritus pr. Januar 55,50, pr. April-Mai 56,50. Roggen loco 134,00, pr. April-Mai 136,00, p. Mai-Juni 138,00. Rüböl pr. Januar 46,00, pr. April-Mai 46,50. Hafer unverändert. — Wetter: Trübe.

Amsterdam, 11. Januar. Produkten (Schluß). Weizen per Mai 229 Fl. Roggen per März 130, per Mai 130, ruhig.

Remke & Scheffler, Pragerstr. 47.
Magazin feiner Wäsche und Modewaaren für Herren.